K3-795-3: GRÜN WÄHLEN UND BAYERN ZUSAMMENHALTEN

Antragsteller*innen LAG Gesundheit und Soziales (dort beschlossen am: 29.04.2023)

Von Zeile 794 bis 795 einfügen:

telemedizinischer Begleitung müssen möglich sein. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.Initiativen zum Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch auf Bundesebene müssen unterstützt und zeitnah umgesetzt werden. Maßnahmen und Aktionen, die zu einer Stigmatisierung von Frauen führen und/oder die Sicherheit von Einrichtungen bedrohen nehmen wir nicht hin.

Begründung

Die Sachverständigenkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin auf Bundesebene erarbeitet zur Zeit Vorschläge zur Neuregelung der Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch. Maßnahmen sollten zügig in Bayern umgesetzt werden und ggf. in Bund-Ländergesprächen nicht blockert werden.
Gesteigbelästigungen von Patentinnen und Mitarbeiter*innen vor Einrichtungen die Schwangerschaftsabbrüche durchführen dürfen nicht pauschal durch die Versammlungsfreiheit gedeckt sein.